

**FDP**  
Die Liberalen



# ZÜRCHER FREISINN

|              |                 |               |    |                       |       |                    |    |
|--------------|-----------------|---------------|----|-----------------------|-------|--------------------|----|
| Zürich       | 2/3/4/5/6/7/8/9 | USR III       | 12 | Altersvorsorge 2020   | 16/17 | Unter Freisinnigen | 22 |
| Page Romande | 10              | François Loeb | 15 | Seite der Präsidentin | 19    | Jungfreisinnige    | 23 |

68. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Kanton Zürich

## Inhalt

### Ausnahme Arbeitszeiterfassung

Die Pflicht zur Arbeitszeiterfassung wurde zum Schutz der Arbeiterinnen und Arbeiter im letzten Jahrhundert gesetzlich verankert. Heute entfaltet sie für Unternehmen aber auch eine hemmende Wirkung. Auch wenn die Bestimmungen teilweise der heutigen Arbeitswelt angepasst wurden, fordern Ständerätin Karin Keller-Sutter und Nationalrat Marcel Dobler weiterführende Änderungen.

Seite 11

### Inländervorrang

Der Entscheid des Nationalrates zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative hat hohe Wellen geschlagen. Nationalrat Kurt Fluri zeigt Ihnen auf, dass der Inländervorrang der richtige Weg ist, um die Zuwanderung eigenhändig zu steuern und die bilateralen Verträge zu sichern.

Seite 18

### Hochpreisinsel und Hochlohnland Schweiz

Wir zahlen für Produkte in der Schweiz im Vergleich zu unserem benachbarten Ausland oft ein Mehrfaches. Entsprechend sind unsere Löhne um einiges höher. Um die hohen Preise effektiv zu senken, müssen wir vor allem den Abbau technischer Handelshemmnisse vorantreiben, ist Ständerat Ruedi Noser überzeugt.

Seite 21

## Wir brauchen mehr Freisinnige in der Verwaltung

Wir wollen einen schlanken, aber starken Staat. Für einen schlanken Staat sorgt die Legislative, namentlich unsere Kantons- und Gemeinderäte der FDP. Dass der schlanke Staat aber auch stark ist, liegt in der Verantwortung der Exekutive und der Verwaltung. Wir kämpfen stetig darum, dass möglichst viele Exekutivämter durch Exponenten der FDP besetzt sind. Die Verwaltungsebene hingegen behandeln wir eher stiefmütterlich – das müssen wir unbedingt ändern!

### Hans-Jakob Boesch, Parteipräsident

Während die Legislative die gesetzlichen Rahmenbedingungen festlegt, sind die Exekutive und die Verwaltung für die Umsetzung dieser Gesetze zuständig. Insbesondere die Verwaltung hat dabei einen relativ hohen Ermessensspielraum und hat folglich einen grossen Einfluss auf Ausgestaltung und Anwendung unserer Gesetze. Da es sich bei den Staatsangestellten nicht um unpolitische Roboter handelt, spielt es für das Ergebnis der Umsetzung eine Rolle, welche Wertvorstellungen diese vertreten. Die Arbeit des kantonalen Amtes für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL) führt dies beispielhaft vor Augen: Statt Gesetze mit Augenmass umzusetzen, werden Private und Gemeinden immer wieder gegängelt und zu bürokratischem



Hans-Jakob Boesch

Mehraufwand verkürzt. So wollte das AWEL zum Beispiel ohne Not eine seit Jahren an ein KMU vergebene Kon-

zession anpassen und die Gebühr um über 100 Prozent erhöhen. Und an der Volksschule werden nicht nur Lesen, Schreiben und Rechnen beigebracht, sondern immer auch Werte vermittelt. Dass diese aus freisinnigem Munde anders tönen, versteht sich von selbst.

Sind die Wertvorstellungen und Zielsetzungen der involvierten Stellen denjenigen der FDP entgegengesetzt, werden Gesetze anders umgesetzt und ausgeführt, als ursprünglich auf der Legislativebene durch die FDP-Fraktion beabsichtigt. Damit wird die Arbeit unserer Kantons- und Gemeinderäte wieder relativiert, bzw. diese müssen ständig bei der Umsetzung der Gesetze nachbessern. Es ist folglich im Eigeninteresse der Partei, dass die Verwaltungsebene über eine möglichst hohe Anzahl an liberal ge-

Fortsetzung auf Seite 2

### Fortsetzung von Seite 1

sinnigen Verwaltungsangestellten verfügt. Dass wir von diesem Ziel noch weit entfernt sind, haben wir wohl alle in unserem Alltag schon erlebt – wartend vor einem Schalter, staunend über behördliche Verfügungen etc. Nicht umsonst verleiht die FDP Kanton Zürich jährlich den begehrten Gahts-no!-Priis, der für die absurdeste Bürokratiegeschichte vergeben wird.

Auf das Fachwissen und die Kompetenz der Verwaltung sind das Parlament und die Regierung nicht erst bei der Gesetzesumsetzung angewiesen, sondern im gesamten politischen Prozess. Vorlagen zuhanden der Regierung und des Kantonsrats sehen deshalb auch unterschiedlich aus. Als Kantonsrat habe ich in den Kommissionen erlebt, welchen Unterschied es macht, ob ein freisinniger Chefbeamter für die Ausformulierung einer Gesetzesvorlage oder für die Beantwortung einer Frage zuständig ist oder jemand anderes. Selbstverständlich können wir als Kantonsräte solche Vorlagen korrigieren, und selbstverständlich können wir auch ein zweites oder drittes Mal nachfragen. Aber Gesetze grundlegend umzuschreiben, ist mühsam und führt oft zu Fehlern. Und ohne bzw. gegen das Fachwissen der Verwaltung ist es gerade für Milizpolitikerinnen und Milizpolitiker sehr schwer, zielgerichtete Gesetze zu formulieren.

Eine Verwaltung, die im Sinne selbstverantwortlicher, mündiger Bürger und orientiert an einer liberalen Wirtschaftsordnung tätig ist, trägt aber nicht nur zu einem starken Staat bei. Eine solche Verwaltung hilft indirekt auch mit, den Staat schlank zu halten. Denn bei der Umsetzung und

Anwendung von Gesetzen wird sie nur so viel wie nötig und so wenig wie möglich regulieren und den freien Wettbewerb nicht gefährden. Und für die Erbringung öffentlicher Leistungen werden möglichst schlanke organisatorische und kosteneffiziente Lösungen gesucht sowie Verwaltungsprozesse transparent gestaltet. Vor allem die Personal- und Kostenfolgen von Gesetzesvorlagen werden von freisinnigen Staatsangestellten deutlich kritischer beurteilt und auf Effizienz getrimmt. Letztendlich führen also freisinnige Staatsangestellte auch zu einem schlanken Staat.

Eine Verwaltung, die – ganz freisinnig – die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt und versucht, effizient und unternehmerisch zu handeln, geniesst letztendlich auch grösseres Vertrauen bei der Bevölkerung. Als Folge davon stossen Verwaltungsakte auf grössere Zustimmung, und es kommt zu weniger Streitereien.

Wenn wir also einen schlanken und starken Staat wollen, müssen wir als FDP darum bemüht sein, nicht nur in Legislative und Exekutive mit möglichst vielen Freisinnigen vertreten zu sein, sondern auch in der Verwaltung. Freisinnige Staatsangestellte erfüllen eine wichtige Aufgabe zur Erreichung unserer politischen Ziele, indem sie innerhalb der Verwaltungseinheiten mit einem liberalen Kompass agieren. So kommen letztlich die Forderungen der FDP auch spür- und greifbar bei den Bürgern an.

Als Parteipräsident bin ich froh und stolz, sowohl junge als auch altgediente Staatsangestellte in unseren Reihen zu wissen. Zwei davon kommen auf der folgenden Seite zu Wort. Gerne wüsste ich noch mehr von ihnen in unserer Verwaltung.

## Parolen

für die Abstimmung vom 27. November 2016

- Kulturlandinitiative: **Nein**
- Volksinitiative Schutz der Ehe: **Nein**

### Mitgliederanlass FDP Kanton Zürich

## Welche Hochschulen braucht die Schweiz?

Dienstag, 8. November 2016, 18.00 Uhr

Glockenhof, Sihlstrasse 33, Raum London, 8001 Zürich

#### Programm:

- 18.00 Uhr Begrüssung
- 18.15 Uhr Referat: Gerd Folkers (Präsident Schweiz. Wissenschafts- und Innovationsrat SWIR)
- 18.45 Uhr Podium: moderiert durch Thomas Ribi (NZZ)
  - Prof. Gerd Folkers (SWIR/Professor für Pharmazie/ Wissenschaftsforschung ETHZ)
  - Prof. Frank Rühli (Uni Zürich, FDP ZH 1)
  - Prof. André Haelg (Direktor School of Management and Law ZHAW, FDP)
  - Rudolf Minsch (Chefökonom Economiesuisse)
  - Hans-Ulrich Bigler (Gewerbeverband, Nationalrat FDP ZH)
- 19.15 Uhr Apéro

## FDP

Die Liberalen



### FDP-Forum

öffentlicher Anlass

## Frauen im Spannungsfeld von Karriere und Familie

Unter der Moderation von Nationalrat Beat Walti diskutieren kompetente Wirtschaftsvertreterinnen und FDP-Politikerinnen über persönliche Erfolgsfaktoren und Herausforderungen in ihrem privaten und beruflichen Leben.

Donnerstag, 17. November 2016, 19.30 Uhr, mit anschliessendem Apéro.  
Gasthof zum Löwen, Seestrasse 595, 8706 Meilen.

Sie sind herzlich zu diesem öffentlichen Anlass eingeladen.  
Weitere Informationen: [www.fdpbezirkmeilen.ch](http://www.fdpbezirkmeilen.ch).

FDP Ortsparteien Bezirk Meilen / Zürich 7 + 8. Die Liberalen

# Spaziergänge hinterlassen gute Erinnerungen

Dank schönen Landschaften, geselligem Beisammensein und spannenden Gesprächen war die erste Serie von Lieblingsspaziergängen ein voller Erfolg. Die FDP präsentierte sich als umtriebige Partei, die den Kontakt zu den Leuten pflegt.

## Hans-Jakob Boesch und Ruedi Noser

Man staunt ja immer wieder, wenn man Freunde besucht und auf ihren Sonntagsspaziergang mitgenommen wird: Auch in dicht besiedelten Gebieten gibt es wunderschöne Landschaften. Die meisten Leute kennen Geheimtipps vor ihrer Haustür. Zürich ist nicht nur ein Bevölkerungszentrum und ein Wirtschaftskanton, sondern an vielen Orten auch ein Naturparadies.

Im Rahmen einer Umfrage haben wir uns im Juni nach solchen lokalen Geheimtipps erkundigt und waren beeindruckt von den über 30 Vorschlägen, die wir aus dem ganzen Kanton erhalten haben. Vier davon haben wir im September und Oktober erkundet – aufgrund des grossen Echos einen mehr, als ursprünglich geplant.



Die Wandergruppe mit Ruedi Noser und Hans-Jakob Boesch. BILD: SALOMON SCHNEIDER

Wir verbinden mit den Ausflügen viele schöne Erinnerungen: an die Weiher und Hügel in der Umgebung von Affoltern am Albis, an den spektakulären Seeuferweg zwischen Wädenswil und Richterswil und die Würste, die wir unterwegs assen, an die schöne Abendstimmung am Pfä-

fikersee und das Essen auf der Jucker-Farm und an eine Stadt Zürich, wie sie die wenigsten kennen. Gerne denken wir an viele gute Gespräche mit alten und neuen Bekanntschaften zurück. Auch das Echo in der Lokalpresse und in den sozialen Medien war erfreulich: Es wird wahrgenommen, dass die Zür-

cher FDP in Bewegung ist und den Kontakt zu den Leuten pflegt.

Wir möchten uns an dieser Stelle herzlich bei allen bedanken, die ihren Lieblingsspaziergang mit uns geteilt haben, die bei der Organisation mitgearbeitet haben oder einfach mitspaziert sind! Wir hoffen, dass wir mit unserem Besuch im Gegenzug einigen in einer Orts- oder Bezirkspartei Engagierten für ihren grossartigen Einsatz für die liberale Sache etwas zurückgeben konnten.

Aufgrund der positiven Rückmeldungen und unserer eigenen Freude an der Sache möchten wir die gemeinsamen Spaziergänge nächstes Jahr weiterführen. Wir freuen uns darauf, weitere attraktive Vorschläge aus unserer Umfrage zu erkunden. Über die Details werden wir hier und auf der Website [www.ruedinoser.ch/spaziergaenge](http://www.ruedinoser.ch/spaziergaenge) zu gegebener Zeit informieren.

## Interviews mit FDP-Persönlichkeiten aus der öffentlichen Verwaltung

# Über uns: Thomas Bär und Jérôme M. Weber

## Interview mit Thomas Bär, Chef Amt für Militär und Zivilschutz des Kantons Zürich.



*Was hat Dich seinerzeit dazu bewogen, eine Stelle in der öffentlichen Verwaltung anzunehmen?*

Das hat sich einfach so ergeben. Nach dem Jus-Studium war ich am Bezirksgericht Andelfingen als Auditor und juristischer Sekretär tätig. Dann arbeitete ich mehrere Jahre im Kanton Thurgau als Gerichtsschreiber am Bezirksgericht Frauenfeld. Ich kenne also auch eine ausserkantonale Verwaltung (lacht). Vor rund 15 Jahren

war eine Stelle als Jurist beim Amt für Militär und Zivilschutz des Kantons Zürich (AMZ) in der Sicherheitsdirektion ausgeschrieben. Die Mischung aus Juristerei, Militär – ich bin Generalstabsobers – und Zivilschutz sowie Politik fand ich sehr faszinierend.

*Wie erlebst Du die Zusammenarbeit mit Parlament und Regierungsrat?*

Mit dem Regierungsrat und mit dem Kantonsrat habe ich relativ wenig zu tun, weil das Amt für Militär und Zivilschutz kein «politisches Amt» ist; wir vollziehen in erster Linie Aufgaben des Bundes (siehe [www.amz.zh.ch](http://www.amz.zh.ch)).

*Die FDP setzt sich ja gegen bürokratische Auswüchse ein. Gibt es für*

*FDP-Mitglieder, welche in der öffentlichen Verwaltung arbeiten, daraus manchmal Spannungsfelder? Bürokratische Auswüchse per se gibt es nicht, zumindest nicht in meinem Amt. Hier hat man als einzelner Amtschef schon Einflussmöglichkeiten und kann wenn nötig Gegensteuer geben. Es sind letztlich immer die Mitarbeitenden, welche die Gesetze und Verordnungen, die im Kanton Zürich nota-bene von einem bürgerlich dominierten Kantons- und Regierungsrat beschlossen worden sind, umsetzen. Aber ja, natürlich gibt es Spannungsfelder, wenn die Einflussmöglichkeiten klein sind, zum Beispiel im Immobilienbereich beim Umbauen oder Renovieren von Gebäuden.*

*Der politische Chef (Regierungsrat) kann ja einer anderen Partei angehören. Haben sich in Deiner Erfahrung daraus schon Konfliktfelder ergeben? Seitdem ich im Jahr 2002 meine Tätigkeit im AMZ aufgenommen habe, hatte die Sicherheitsdirektion vier verschiedene Direktionsvorsteher bzw. eine -vorsteherin. Rita Fuhrer, Ruedi Jeker, Hans Hollenstein und aktuell Mario Fehr gehören alle einer anderen Partei an. Konfliktfelder ergaben sich nie wegen der Parteizugehörigkeit, obwohl die Gestaltungsmöglichkeit und die Einflussnahme eines einzelnen Regierungsrates nicht unterschätzt werden darf. Weil die Einflussmög-*

**Fortsetzung auf Seite 4**

## Fortsetzung von Seite 3

lichkeiten vielmehr sehr gross sind, ist es eminent wichtig, dass die Parteien, insbesondere auch die FDP, fähige Persönlichkeiten zur Wahl für so wichtige Ämter vorschlagen. Führungspersönlichkeiten mit einem guten Gespür für das politisch Machbare sind entscheidend. Es ist einfach nicht zutreffend, wie immer wieder kolportiert wird – jedenfalls habe ich es bis dato nie erlebt –, dass die «Verwaltung regiert», sofern sie von einer fähigen Regierungsrätin oder einem fähigen Regierungsrat geführt wird.

*Generell denkt man, dass in der öffentlichen Verwaltung eher SP- und GP-Mitglieder arbeiten. Trifft dies zu*

*und führt dies manchmal zu gewissen Spannungen im Arbeitsalltag?*

Ich finde das eine falsche Vorstellung, und es trifft sicher nicht zu, dass in der Verwaltung nur «Linke» arbeiten. In der Sicherheitsdirektion arbeiten vielleicht mehrheitlich eher bürgerlich eingestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Parteizugehörigkeit spielt meines Erachtens im gewöhnlichen Arbeitsalltag keine vorherrschende Rolle. Aber es ist natürlich schon so: wenn ein neues Gesetz oder eine neue Verordnung erarbeitet werden muss – und solche Rechtserlasse «entstehen» ja fast immer aus der Verwaltung –, kann es schon von Bedeutung sein, was für eine Weltanschauung der Mitarbeiter hat. Aber es sei wiederholt: Auch dieser Mitarbeiter arbeitet nach

den Vorgaben seines politischen Chefs oder seiner Chefin ...

*Welche Möglichkeiten hat man als FDP-Mitglied in der öffentlichen Verwaltung, Einfluss darauf zu nehmen, dass die Umsetzung der Gesetze und Verordnungen unbürokratisch erfolgt?*

Ich vertrete klar die Ansicht, dass die öffentliche Verwaltung im Dienst des Bürgers bzw. der Bürgerin steht. Ich spreche deshalb konsequent von «Bürgern» und nicht von Kunden; diese können nämlich auswählen, wo sie «einkaufen». Als FDP-Mitglied in der Verwaltung habe ich selbstverständlich einen Ermessensspielraum, um Vorschriften mit Augenmass, effizient und zugunsten der Bürger umzu-

setzen. Als Amtschef versuche ich, diese Haltung meinen Mitarbeitenden in der täglichen Arbeit vorzuleben.

*Wie würdest Du generell die Effizienz der öffentlichen Verwaltung im Kanton Zürich beurteilen?*

Eine generelle Aussage zu machen, ist schwierig. Es kommt letzten Endes immer darauf an, wie eine Einheit geführt wird – und das beginnt an der Spitze. Je grösser ein Betrieb ist, desto eher neigt er dazu, ineffizient zu werden. Im Vergleich zum Beispiel mit der Bundesverwaltung würde ich die kantonale Verwaltung Zürich als sehr effizient bezeichnen. Eine Gemeindeverwaltung sagt vermutlich das Gleiche über die Kantonsverwaltung (lacht).

## Interview mit Jérôme M. Weber, seit 2013 Stellvertretender Leiter Kommunikation bei der Volkswirtschaftsdirektion Kanton Zürich; zuvor 4 Jahre Fraktionssekretär der FDP des Kantons Zürich und Redaktor des «Zürcher Freisinns».



*Was hat Dich seinerzeit dazu bewogen, eine Stelle in der öffentlichen Verwaltung anzunehmen?*

Mich interessieren die wirtschaftlichen Zusammenhänge. Unsere Wirtschaft ist auch dank unserer liberalen Arbeits- und Wirtschaftspolitik so erfolgreich. Zürich gilt als der Wirtschaftsmotor des ganzen Landes. Mich täglich für eine starke Zürcher Wirtschaft einzusetzen, war für mich die Hauptmotivation, bei der Volkswirtschaftsdirektion zu arbeiten. Zuvor war ich zudem vier Jahre Fraktionssekretär der FDP des Kantons Zürich und war mit den politischen Tagesgeschäften im Kanton Zürich bereits gut vertraut.

*Wie erlebst Du die Zusammenarbeit mit Parlament und Regierungsrat?*

Parlament und Regierungsrat haben unterschiedliche Aufgaben. Da kann es auch mal zu sachlichen Differenzen kommen. Für ein Regierungsmitglied

ist es sicher von Vorteil, wenn er auf eine gewisse «Hausmacht» zählen kann, das heisst, eine starke Fraktion im Rücken hat und es einen regelmässigen Austausch mit der Fraktionspitze gibt. So sind auch allfällige Differenzen zwischen Regierung und Fraktion einfacher zu bewältigen.

*Die FDP setzt sich ja gegen bürokratische Auswüchse ein. Gibt es für FDP-Mitglieder, welche in der öffentlichen Verwaltung arbeiten, daraus manchmal Spannungsfelder?*

Bei der Volkswirtschaftsdirektion des Kantons Zürich setzt sich unter anderem die Standortförderung dafür ein, dass Unternehmen nicht unter staatlicher Bürokratie leiden müssen. Darauf legt meine Chefin, Carmen Walker Späh, grossen Wert. Als FDP-Mitglied ist es für mich elementar wichtig, die Bürokratie in der Verwaltung nicht aufzublähen.

*Der politische Chef (Regierungsrat) kann ja einer andern Partei angehören. Haben sich in Deiner Erfahrung daraus schon Konfliktfelder ergeben?*

Seit eineinhalb Jahren ist Carmen Walker Späh Volkswirtschaftsdirektorin. Eine liberale Wirtschaftspolitik ist für sie eine wichtige Voraussetzung, damit es Unternehmen gut geht und Arbeitsplätze erhalten bleiben respektive neue geschaffen werden. Diese

Einstellung teile ich voll und ganz. Da ich sehr nahe mit der Direktionsvorsteherin zusammenarbeite, ist es mir sehr wichtig, dass wir in zentralen politischen Fragen gleicher Meinung sind. Denn die politische Einstellung jedes Regierungsratsmitgliedes fliesst auch in meine tägliche Arbeit mit ein, sei es bei Reden oder bei Leitartikeln.

*Generell denkt man, dass in der öffentlichen Verwaltung eher SP- und GP-Mitglieder arbeiten. Trifft dies zu und führt dies manchmal zu gewissen Spannungen im Arbeitsalltag?*

Beim Generalsekretariat der Volkswirtschaftsdirektion trifft dies definitiv nicht zu. Ich denke auch nicht, dass man dies so verallgemeinern kann. Solche Neckereien höre ich manchmal jedoch auch von einzelnen freisinnigen Kolleginnen und Kollegen. Aber ernsthaft: Will man möglichst liberale und unbürokratische Gesetze, muss man alles daran setzen, dass in der Verwaltung Leute arbeiten, welche sich für einen effizienten und schlanken Staat einsetzen. Deshalb müsste das freisinnige Credo eigentlich heissen: «Meh Blau für Züri – auch in der Verwaltung!»

*Welche Möglichkeiten hat man als FDP-Mitglied in der öffentlichen Verwaltung, Einfluss darauf zu nehmen, dass die Umsetzung der*

*Gesetze und Verordnungen unbürokratisch erfolgt?*

Man sollte sich grundlegend die Frage stellen, ob ein neues Gesetz notwendig ist. Bei Gesetzen, die der Kantonsrat bestellt, sollte darauf geachtet werden, dass sie möglichst schlank ausgestaltet werden und sie nicht zu einem Bürokratiemonster aufgebläht werden. Überlegen sollte man sich auch, ob ein Gesetz ein Ablaufdatum haben soll, eine «Sunset Legislation». Nicht alles, was wir heute beschliessen, muss für die Ewigkeit gelten. Dank «Sunset Legislation» könnte man z.B. nach 15 Jahren überprüfen, ob es ein Gesetz noch braucht. Die Volkswirtschaftsdirektion schlägt beim aktuellen Taxigesetz ein solches «Verfalldatum» vor.

*Wie würdest Du generell die Effizienz der öffentlichen Verwaltung im Kanton Zürich beurteilen?*

Ich hoffe, dass sie von breiten Bevölkerungskreisen als effizient wahrgenommen wird. Da ich ursprünglich aus der Hotelbranche komme, ist es mir wichtig, dass wir einen möglichst dienstleistungsorientierten Service für Bürgerinnen, Bürger, Medien und weitere Ansprechpartner bieten. Die Verwaltung leistet somit einen wertvollen Beitrag für einen erfolgreichen Wirtschaftskanton Zürich mit einer hohen Lebensqualität – für beides werden wir ja weitem bewundert.

# Aus der Kantonsratsfraktion ...

## Arbeit an unseren Schwerpunkten

Die FDP-Fraktion hat wie zu Beginn jeder neuen Legislatur ein Schwerpunktprogramm wesentlicher politischer Themen erarbeitet. Diese verfolgt sie unabhängig von der Tagesaktualität, die selbstverständlich ebenfalls die volle Aufmerksamkeit verlangt. Hier steht in den kommenden Wochen und Monaten die sogenannte Leistungsüberprüfung (LÜ16) im Fokus, welcher die Fraktion ihr Seminar im September gewidmet hat.

Als Wirtschaftspartei wollen wir Arbeitsplätze, Innovation und Investitionen begünstigen durch Deregulierung und den Erhalt und Ausbau einer guten Infrastruktur. Und selbstverständlich nimmt auch die Steuerpolitik einen wichtigen Platz ein. Der Kanton Zürich befindet sich leider nach wie vor nur im Mittelfeld steuerlicher Attraktivität. In den vergangenen 18 Monaten zeigte sich, dass insbesondere Start-ups im Kanton Zürich unter einer mitunter existenzbedrohenden «Vermögensbesteuerung» leiden. In einem dringlichen Postulat fordern wir die Regierung auf, auf nationaler Ebene bei der schweizerischen Steuerkonferenz vorstellig zu werden, um hier Remedur zu schaffen. Zudem soll der Kanton per sofort Gesellschaften, die sich in der Aufbauphase befinden, so lange mit dem Substanzwert bewerten, bis repräsentative Geschäftsabschlüsse vorliegen, unabhängig davon, ob Finanzierungsrunden bzw. Kapitalerhöhungen stattfinden. Die geltende Praxis steht in eklatantem Widerspruch zu den Bestrebungen, den Kanton als attraktiven Standort für innovative Jungunternehmen im nationalen und internationalen Wettbewerb zu positionieren.

Der Kanton Zürich soll aber auch für Fachkräfte und Kader ein attraktiver Arbeits- und Wohnort sein. Auch hier haben wir Handlungsbedarf geortet. Der Kanton gehört bei der Besteuerung von Kapitaleinkünften aus Vorsorge zu denjenigen mit den höchsten Steuersätzen. Insbesondere bei Beträgen über 1 Million Franken hat die Besteuerung den Charakter einer Reichtumssteuer. Das ist indessen nicht die Idee des Sparens während eines Arbeitslebens, um im Alter sorgenfrei leben zu können. Auch hierzu liegt ein Vorstoss der Fraktion vor.

Eng mit einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik verknüpft sind Fragen der Governance. Hier besteht im Kanton Zürich seit Jahren Korrekturbedarf. Die Regierung gesteht denn in ihrer Antwort auf unsere Anfrage auch ein: «Um die verfassungsmässige Kompetenzordnung zu wahren und die Verantwortung für die von Regierung (Aufsicht) und Beteiligung getroffenen Anordnungen und Entscheide transparent zu erhalten, sollten deshalb Mitglieder des Regierungsrates in der Regel nicht Einsitz im obersten Führungsorgan einer Beteiligung des Kantons nehmen.» Umgesetzt ist dieser Grundsatz aber noch nicht. So sitzen Regierungsmitglieder z. B. im Verwaltungsrat der AXPO, der EKZ, der Gebäudeversicherung, des Flughafens. Hier zeigen sich aktuell Interessenkonflikte, z. B. im Falle der EKZ. Diese sollen mit einer Verordnungsänderung verpflichtet werden, im Rahmen des LÜ16 während dreier Jahre insgesamt 90 Millionen «Gewinn» an den Kanton abliefern. Da die EKZ gemäss Gesetz einer ausgeglichenen Rechnung verpflichtet sind und nach dem Willen des Gesetzgebers nicht gewinnstrebig sein sollen, verlangt der Verwaltungsrat eine gerichtliche Überprüfung der beantragten Verordnungsänderung. Vorstösse in den vergangenen Legislaturen, die Präsidien des Universitäts-, des Fachhochschul- und des Bildungsrates nicht mehr von der Bildungsdirektion präsidieren zu lassen, hatten jedoch leider keinen Erfolg. Wir lassen uns nicht beirren und wurden bereits wieder mehrfach vorstössig.

Im Rahmen der Beratungen des LÜ16 steht auch der Kantonsrat in einer Konfliktsituation. Einerseits verpflichtet ihn die Verfassung, eigene Vorschläge zu unterbreiten, um eine über acht Jahre ausgeglichene Haushaltsrechnung zu erzielen, wenn er mit den Anträgen der Regierung nicht einverstanden sein sollte. Andererseits durften wir unter dem Titel «Leistungsüberprüfung» erwarten, dass die Regierung sich auf Abbau von Leistungen, Einsparungen und Effizienzsteigerung in der Erfüllung staatlicher Aufgaben konzentrieren würde. Im LÜ16 sind jedoch einige Mehreinnahmen für den Kanton vorgesehen, unter anderem durch Verschiebungen von Kostenblöcken auf die Gemeinden oder Abschöpfung von Erträgen im Gesundheitswesen. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass damit zwar eine ausgeglichene Rechnung erzielt werden kann. Auf dem Weg zu einem schlanken Staat, der die Eingriffstiefe in die Freiheit des Bürgers reduziert, sind wir damit nicht. Wir werden den Fokus anders richten.



Thomas Vogel,  
Fraktionspräsident



Peter Vollenweider,  
Vizefraktionspräsident

## Das Problem sind nicht die Besetzer

Zwar sind die Besetzer des Koch-Areals ein Problem, wenn sie sich nicht an die Grundwerte einer urbanen Gemeinschaft – Respekt und Rücksichtnahme – halten. Die Unfähigkeit des links-grünen Stadtrats, die hier zu Tage trat, ist aber ein viel grösseres Problem.

### Severin Pflüger, Stadtparteipräsident und Gemeinderat

Im Grunde kann man den Besetzern nicht viele Vorwürfe machen. Schliesslich hat der Stadtrat bis zuletzt alles geduldet, was auf dem Koch-Areal geschehen ist. Man kann ihnen nur vorhalten, sie wären unverschämt, wenn sie mit frechem Auftreten und implizitem Drohen die Grenze des durch den Stadtrat Geduldeten immer weiter nach aussen schieben.

Der Stadtrat hat das 30000-m<sup>2</sup>-Grundstück 2013 per Notkredit an Gemeinderat und Volk vorbei für 70 Mio. Franken gekauft, um drauf schnellstmöglich Wohnungen zu bauen. Dieses Versprechen hat er bis heute nicht eingelöst. Ja, er hat nicht einmal ein Pro-



Severin Pflüger

jekt vorgelegt. Die Investition aber kostet uns jährlich Millionen an Abschreibungen und Schuldzinsen.

Neben ein paar sinnvollen Nutzungen ist der Hauptteil des Areals besetzt. Die Besetzer sind leider nicht bloss kreativ, sondern auch laut, und es sind ihnen viele Gesetzesverstösse anzulasten.

Der Stadtrat reagierte zuerst mit Beschwichtigungen. Als er es nicht mehr herunterspielen konnte, versuchte er, es zu vertuschen, indem er den drangsalierten Anwohnern städtische Wohnungen anbot. Der öffentliche Druck steigerte sich weiter, sodass sich die Stadtpräsidentin gezwungen sah, eine Pressekonferenz anzukündigen. Da sich der Stadtrat aber ganz offensichtlich nicht einig war, wurde diese dreimal verschoben (was eindeutig ein Mangel an Führung zeigt), bevor dann eine halbherzige Lösung

präsentiert wurde. Da fragt man sich, ob dieser Stadtrat in der Lage ist, grössere Herausforderungen als das Koch-Areal zu packen. Kann ein solcher Stadtrat in der Verwaltung unbeliebte Massnahmen durchsetzen, beispielsweise eine ehrliche Leistungsüberprüfung durchführen? Kann ein solcher Stadtrat mit einer echten Krise umgehen? Kann ein solcher Stadtrat, wenn es sachlich nötig ist, sich für einmal über seine politische Herkunft hinwegsetzen? Was sagt es aus, wenn ein Stadtrat drei Jahre nach dem Kauf per Notkredit noch kein Projekt für ein Areal hat?

Für mich heisst das, wir sollten schauen, dass das Koch-Areal sinnvoll überbaut wird und sich die Zusammensetzung des Stadtrats ändert.

## Reinigendes Gewitter in Winterthur

### Dieter Kläy, Präsident

Der Druck auf die Verantwortlichen der Wärme Frauenfeld AG (WFAG) ist zu gross geworden. Ende September kündigte Stadtrat Gfeller (Grüne), Vorsteher des Departementes Technische Betriebe, seinen Rücktritt an. Der Direktor von Stadtwerk und der Finanzverantwortliche wurden entlassen. Gegen einen weiteren Mitarbeiter wurden personalrechtliche Massnahmen verhängt. Am 12. Februar 2017 kommt es zu einer Ersatzwahl in den Stadtrat.

Verschiedentlich hat die FDP-Fraktion im Grossen Gemeinderat die Amtsführung und die Projekte von Stadtwerk (Ocean Breeze, Biorender AG, WFAG) hinterfragt. Das Ausmass der im Juni 2016 gestarteten Administrativuntersuchung über die WFAG



Dieter Kläy

überrascht jetzt aber alle. Stadtwerk Winterthur finanzierte Anlagen der WFAG in Millionenhöhe, ohne über die dafür nötige Kompetenz zu verfügen. Die entstandenen Forderungen von Stadtwerk Winterthur gegenüber der WFAG wurden in der Buchhaltung

gezielt verschleiert. Die Information durch den Vorsteher des Departementes Technische Betriebe an den Gesamtstadtrat war unzureichend. Gfeller seinerseits hat sich auch nicht um weiterführende Informationen bei Stadtwerk bemüht. Die WFAG ist bereits kurz nach ihrer Gründung 2012 finanziell in Schieflage geraten, was ebenfalls gegenüber dem Stadtrat, den parlamentarischen Gremien und der Öffentlichkeit bewusst verschwiegen wurde. Der 100 Seiten umfassende Administrativbericht ist öffentlich zugänglich ([www.win.ch](http://www.win.ch)). Die Affäre zeigt, dass ein Mitglied einer politischen Exekutive über minimale Führungsqualitäten verfügen muss.

### Abstimmung über neues Polizeigebäude

Der heutige Standort der Stadtpolizei

am Obertor, mitten in der Winterthurer Altstadt, steht seit Jahren in der Kritik. Schwierige Arbeitsbedingungen, mangelhafte Sanitärinstallationen und enge Platzverhältnisse machen für die über 200 Mitarbeitenden einen Neubau erforderlich, der auf dem Obermühle-Areal neben dem Feuerwehrgebäude realisiert werden soll. Damit können auch die betrieblichen Abläufe verbessert werden.

Die Winterthurer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger entscheiden am 27. November über einen Investitionsbeitrag von 82 Millionen Franken.

Die FDP unterstützt das Vorhaben und ist federführend im Abstimmungskampf. Sie hat bereits einer Erhöhung des personellen Bestandes der Stadtpolizei zugestimmt. Die Stadtpolizei verdient das Vertrauen.

Ortspartei Kloten

# Mit Elan in die Gemeindewahlen 2018

Bereits zwei Drittel der laufenden Legislatur sind vorbei. Höchste Zeit, erste Weichenstellungen für die Gemeindewahlen im Frühjahr 2018 vorzunehmen.

## Ernst T. Reitmair, WaKo-Präsident

Im August 2016 hat der Vorstand der FDP Kloten dem Partei- und Vorstandsmitglied Ernst T. Reitmair das Mandat erteilt, eine Wahlkommission (WaKo) einzusetzen, diese zu präsidieren und den Wahlkampf vorzubereiten. Gleichzeitig wurde ein Arbeitsblatt verabschiedet, das die Ziele für die Wahlen und den Auftrag an die WaKo klar festhält.

Die FDP Kloten durfte sich 2014 über zwei tolle Erfolge freuen. Nach einer Legislatur in der Opposition gelang der fulminante Wiedereinzug in den Stadtrat. Im 32-köpfigen Parlament wurde die FDP-Vertretung zu Lasten der Ratslinken von 3 auf 4 Sitze



Ernst T. Reitmair

gesteigert. Die Etablierung als klar drittstärkste Kraft beim Wähleranteil neben den beiden Polparteien gibt weitere Zuversicht, zumal die SP-Fraktion

nur noch einen Sitz vor der FDP liegt. Zusätzlich ist die FDP Kloten in den vom Volk gewählten Behörden und Kommissionen gemäss Parteiproporz der Interparteilichen Konferenz mit zwei Sitzen vertreten, aktuell in der Sozialbehörde und der Bürgerrechtskommission.

2018 wird ein Wahljahr der Bestätigung für die FDP Kloten. Die Verteidigung des zurückgewonnenen Stadtratssitzes und das Minimalziel, den vierten Sitz im Gemeinderat zu konsolidieren, haben oberste Priorität. Ein weiterer Zuwachs ist die gelebte Vision, wofür die FDP Kloten mit Elan kämpft.

Die WaKo wird im November 2016 die konstituierende Sitzung abhalten,

um die anstehenden Funktionen innerhalb des voraussichtlich acht engagierte Personen umfassenden Teams zu verteilen. Die erste operative Sitzung ist auf den Februar 2017 terminiert mit den Haupttraktanden Konzept bzw. Strategie, finanzielles Budget, Zeitplan, Kandidatensuche/-briefing, Wahlkampfaktivitäten/Standaktionen, Inserate/Artikel/Leserbriefe, Plakatstandorte, Arbeitsgruppenbildung (z. B. Slogans).

Das Team um Ernst T. Reitmair freut sich auf einen harten, anspruchsvollen Wahlkampf. Freiheit, Gemein-sinn und Fortschritt: Die unverwechselbaren freisinnig-liberalen Positionen werden sicher auch im Wahljahr 2018 auf lokaler Stufe überzeugen.

## Kulturlandschutz ist erfüllt.

# Radikalisierung

## Planungs- und Baugesetz

# NEIN



Abstimmung 27. November 2016

[www.kulturlandinitiative-nein.ch](http://www.kulturlandinitiative-nein.ch)

### Kulturlandinitiative

# Die Kulturlandinitiative ist umgesetzt

Vor sechs Jahren lancierte die Grüne Partei die Kulturlandinitiative. Mit dem revidierten Richtplan von 2014 wurden die Kernanliegen bereits umgesetzt. Übrig bleiben radikale Forderungen, die den Kanton Zürich teuer zu stehen kämen und dem Gewerbe, den Mietern und dem Kanton schaden würden.

**Martin Farner,**  
Kantonsrat FDP,  
Gemeindepräsident  
Oberstammheim

Das Bevölkerungswachstum, der steigende Wohlstand – und damit der steigende Wohnflächenbedarf pro Person – und lasche Raumplanungsvorschriften führten in der Vergangenheit dazu, dass sich Siedlungen oft unkontrolliert ausdehnten. Als Folge wurde viel wertvolles Kulturland überbaut. Diese Fehlentwicklung wurde vom Bund erkannt und durch eine Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG) korrigiert. Dieses ist seit 2014 in Kraft. An der nächsten Revision wird bereits gearbeitet.

### Auch Zürich handelte

Parallel zu den Planungen des Bundes wurde im Kanton Zürich über die Kulturlandinitiative abgestimmt. Diese wurde 2012 in Form einer «allgemeinen Anregung» angenommen. Basierend auf dem neuen RPG und den Forderungen der Kulturlandinitiative passte der Kanton Zürich 2014 sein Planungs- und Baugesetz (PBG) sowie seinen Richtplan an. Der Kanton Zürich wurde vom Bund für den trotz Bevölkerungswachstum haushälterischen Umgang mit seinem Siedlungsgebiet besonders gelobt. Trotzdem musste die Regierung eine Umsetzungsvorlage zur Kulturlandinitiative ausarbeiten. Über die Umsetzungsvorlage in Form einer Verschärfung des PBG wird am 27. November abgestimmt. Regierung und Kantonsrat sind sich einig, dass die Kernanliegen der Kulturlandinitiative mit den bereits getroffenen Massnahmen umgesetzt wurden und empfehlen ein NEIN.



Martin Farner

### Breiter Massnahmenmix

Gegenüber früher wird heute strikt zwischen Siedlungs- und Nicht-Siedlungsgebiet unterschieden, Bauzonenreserven dürfen für maximal 20 Jahre ausgelegt werden, Entwicklungsprojekte von Gemeinden werden strenger kontrolliert, und durch das Raumordnungskonzept Metropolitanregion Zürich (Metro-ROK) wird die Raumplanung kantonsübergreifend besser koordiniert. Durch die neu eingeführte 80:20-Regel wird ausserdem defi-

niert, dass 80 Prozent der zukünftigen Entwicklung auf Städte und urbane Gebiete entfallen sollen. Damit werden ländliche Regionen und Kulturland besser geschützt. Ausserdem wurde im Kanton Zürich eine Kompensationspflicht für Kulturland ausserhalb von Nicht-Siedlungsgebiet eingeführt.

### Gewerbe würde geschädigt

Weitere Verschärfungen des PBG würden den Gemeinden den letzten

verbliebenen Handlungsspielraum bei der Raumplanung nehmen. Dörfer, Agglomerationen und Städte würden gleich behandelt, obwohl diese unterschiedliche raumplanerische Probleme haben und entsprechend unterschiedliche Lösungen benötigen.

Unter diesen Einschränkungen würde auch das Zürcher Gewerbe leiden. Die strengen Bauvorschriften würden dem Gewerbe Entwicklungsmöglichkeiten nehmen. Finden Zürcher Unternehmen im Kanton Zürich keinen Platz, wandern die Firmen zwangsläufig in andere Kantone – oder noch schlimmer ins Ausland – ab.

Die strengen Vorschriften, die Ausweitung der Kompensationspflicht und des Humoustourismus würden ausserdem zu einem Preisanstieg beim Bauland führen. Gemäss den Berechnungen der Regierung würden die Baulandpreise in Wohn- und Mischzonen um bis zu fünf Prozent steigen.

### Falsche Anreize abwenden

Kulturland würde bei einem Ja strenger geschützt, aber an den falschen Orten. Es macht keinen Sinn, innerhalb von Siedlungen Landwirtschaft zu betreiben. Eine räumliche Trennung zwischen Siedlungen und Landwirtschaftsgebieten ist für die Landwirte und die Bevölkerung von Vorteil.

Die Forderungen, welche auf den ersten Blick durchaus vernünftig klingen, sind in Wahrheit zu radikal. Der Kanton Zürich schützt sein Kulturland durch den bestehenden Richtplan vorbildlich. Der Richtplan lässt aber auch eine Siedlungsentwicklung nach innen zu und erlaubt dem Kanton, gesund zu wachsen. Eine Radikalisierung des PBG ist deshalb abzulehnen.

FDP Frauen Kanton Zürich

## Sorgen um die Sicherheit

Angesichts der sich häufenden Terroranschläge in Europa machen wir alle uns immer mehr Sorgen um die Sicherheit. Die FDP Frauen Kanton Zürich setzen hier einen Schwerpunkt ihrer Arbeit. Am 22. November findet eine Podiumsveranstaltung dazu statt, zu welcher Sie herzlich eingeladen sind.

**Nicole Bertsch,**  
Vorstandsmitglied FDP Frauen  
Kanton Zürich

Lange Zeit haben wir uns in der Schweiz keine Sorgen um unsere Sicherheit machen müssen. Die Kriminalitätsrate war immer sehr tief, und Terroranschläge waren weit weg. Doch inzwischen hat sich die Situation leider verändert. Straftaten erreichen insbesondere in den Städten Spitzenwerte, und besonders die Grenzkantone leiden unter dem Kriminaltourismus. Die terroristischen Anschläge in der nächsten europäischen Nachbarschaft haben uns gezeigt, dass der Terror auch die Schweiz erreichen könnte. Zudem drohen uns im Zusammenhang mit der Digitalisierung unserer Gesellschaft auch Gefahren auf dem digitalen Weg – die Cyberkriminalität ist bereits ein grosses Thema. Aber auch Cyber-Anschläge können uns bedrohen.

Die FDP Frauen Kanton Zürich haben in ihrer Vernehmlassung zu den



Wie sicher sind wir?

politischen Zielen für den Parteitag vom 1. September festgestellt, dass wir eine Anpassung unserer Sicherheitspolitik an die aktuellen Gefahren brauchen. Sibylla Stoffel, Präsidentin der FDP Frauen des Kantons Zürich, hat in ihrer Rede zudem festgestellt, dass die Politik gefordert ist, mit den nötigen Massnahmen dafür zu sorgen,

dass uns diese Sicherheit auch weiterhin voll garantiert werden kann. Es könnte gefährlich werden, bei der Sicherheit zu sehr zu sparen. Sicherheit ist die Grundvoraussetzung für ein Leben in Freiheit. Wir dürfen uns nicht scheuen, den entsprechenden Respekt für unsere freiheitlichen Werte zu fordern.

### Wie sicher sind wir?

Diese Frage und die Auswirkungen der Antworten auf diese Frage wollen die FDP Frauen Kanton Zürich mit Mitgliedern und interessierten Gästen erörtern. Sie laden deshalb ein zu einer Podiumsdiskussion. FDP-Nationalrätin Corina Eichenberger, Präsidentin der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats, der Zürcher Regierungspräsident und Sicherheitsdirektor Mario Fehr (SP) sowie Andreas Wenger, Direktor des Center for Security Studies der ETH Zürich sind die Teilnehmenden der Podiumsveranstaltung. Moderiert wird der Anlass von der Journalistin Nadine Jürgensen.

**Kommen Sie vorbei und diskutieren Sie mit: Dienstag, 22. November 2016, Brasserie Lipp, Zürich.**

Begrüssungsdrink ab 18.00 Uhr, Beginn der Diskussion um 18.30 Uhr.

Jungfreisinnige Kanton Zürich

## Jungfreisinnige lancieren Mittelstands-Initiative

**Sandro Lienhart**

Die Jungfreisinnigen Kanton Zürich lancieren eine kantonale Volksinitiative, um die steuerliche Attraktivität des Kantons Zürich zu verbessern! In den aktuellen Zeiten rund um die «Leistungsüberprüfung 16» sowie die «Unternehmenssteuerreform III» wird viel über Budget und Steuern diskutiert. Dabei war die Besteuerung von Einkommen nie ein Thema, bis die JUSO eine Initiative zur Erhöhung der Spitzensteuersätze vorstellte. Mit dieser Initiative ist bereits das nächste sozialistische Experiment am Hori-

zont. Es sieht vor, die hohen Einkommen mit bis zu 17 Prozent (+30 Prozent!) zu besteuern, was für die Standortattraktivität des Kantons Zürich verheerende Folgen hat.

Der Zürcher Steuerbelastungsmonitor 2015 zeigt die Situation deutlich auf: Der Kanton Zürich ist gemessen an der steuerlichen Attraktivität für natürliche Personen mit tiefen Einkommen auf den hintersten Rängen anzutreffen. Dieselbe Situation ergibt sich bei hohen Einkommen (Platz 20 von 26). Hier besteht Handlungsbedarf.

Die Jungfreisinnigen Kanton Zü-

rich reagieren und lancieren die Mittelstandsinitiative. Die erklärten Ziele sind, die Missstände in der heutigen Besteuerung von natürlichen Personen anzugehen sowie der schädlichen Entlastungsinitiative proaktiv mit einem konstruktiven Vorschlag entgegenzuwirken. Die Initiative will die Steuerbelastung für tiefe Einkommen mit der Erhöhung des Freibetrages auf 10000 Franken reduzieren. Des Weiteren werden die ersten Progressionsstufen erhöht, womit sich die Steuerlast für alle – und insbesondere den Mittelstand – mindert. Des Weiteren will die Initiative die höchste Progressions-

stufe (den sogenannten «13er») abschaffen, um so die Standortattraktivität für hohe Einkommen des Kantons Zürich zu erhöhen. Eine Initiative, welche verspricht, was drin steht: weniger Steuern für alle!

Die Vorbereitungen sind in vollem Gange, und die Sammlung wird voraussichtlich im November gestartet. Die Initiative wird bereits heute aus Kreisen der FDP, CVP und SVP tatkräftig unterstützt. Die Jungfreisinnigen freuen sich, wenn Sie in den kommenden Monaten Ihren Beitrag für tiefere Steuern mit einer Unterschrift leisten.